



Das Geld für Kinderbetreuung wird nach neuem Modell verteilt: Steirer bangen um 36 Millionen Euro AP/

Von Ernst Sittinger

Im letzten November hatte man noch gejubelt: Der neu paktierte Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern sei ein großer Wurf. Immerhin würden die Länder unter dem Strich um 250 Millionen Euro mehr aus den gemeinsamen Steuererträgen bekommen, hieß es damals.

Doch inzwischen macht sich Ernüchterung breit, zumindest in der Steiermark. Denn beschlossen wurde damals auch ein Pilotversuch zur „aufgabenorientierten“ Verteilung der Mittel im Bereich der Kinderbetreuung. Und dieses neue System dürfte einige Bundesländer schwer benachteiligen, wie sich jetzt nachträglich herausstellt. Hauptverlierer sind nach einem ersten Rechenmodell die Steirer, Hauptgewinner wäre Wien.

Konkret geht es um die Mittel für die Kinderbetreuung der Null- bis Sechsjährigen, das ist ein jährlicher Steuertopf von 985 Millionen Euro. Bisher wur-

Finanzpakt: Jetzt fehlen 36 Millionen

Alarmstufe Rot beim Finanzausgleich: Ein erstes Rechenmodell ergibt für Steirer ein Riesenloch bei Geld für Kinderbetreuung.

den diese Mittel nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel verteilt, künftig soll das Geld dorthin fließen, wo die meisten Leistungen angeboten werden. Das Geld soll der Leistung folgen – darauf hatte man sich im Finanzausgleich geeinigt.

Das Schockergebnis laut erster Modellrechnung: Der Anteil der Steiermark würde von 134 auf 98 Millionen Euro zurückfallen, während Wien künftig 331 statt 258 Millionen Euro einstreifen könnte. Ursache sind die Verteilungskriterien, die von einer Gruppe im Finanzministerium erarbeitet und nun vorge-

legt wurden. Diese belohnen Gemeinden, welche viele Kindergärten, viele Betreuungsplätze und lange Öffnungszeiten anbieten – also ein für Wien maßgeschneidertes Modell.

Der steirische Gemeindebund schlägt deshalb Alarm. Das vorgelegte Modell sei für die Steiermark unannehmbar, es bestehe intensiver Nachverhandlungsbedarf, sagen Gemeindebundpräsident Erwin Dirnberger und Geschäftsführer Martin Ozimic. Das habe man bereits bei Finanzminister Hans Jörg Schelling deponiert. Ziel der Steirer ist ein „Indika-

torenmix“, der auch die Realität vieler steirischer Gemeinder mit kleinen Kindergartengruppen besser abbildet. Und die Zeit drängt, denn das Modell soll schon ab 1. Jänner 2018 gelten.

Der für Finanzen zuständige Vizelandeshauptmann Michael Schickhofer kennt das vom Bund vorgelegte Modell noch nicht. Jedenfalls müsse man über die konkret gültigen Kriterien Einstimmigkeit erzielen. Schickhofer: „Für die Steiermark darf es keine Verschlechterung geben, sonst stimmen wir nicht zu.“

”
Wir lehnen diesen ersten Vorschlag mit Vehemenz ab, denn es drohen erhebliche Einnahmenverluste.

Erwin Dirnberger,
Gemeindebund

“